

Berlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-298
Zel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Berlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Staatsanwalt flieht

Explosion im Hitler-Prozess.

Der Erste Staatsanwalt Stenglein in München hat vor den Verteidigern im Hitler-Prozess die Flucht ergriffen. Er hat den Gerichtssaal verlassen und seinen Un-ergebenen er-ucht, die Anklage weiter zu vertreten. Er selbst könne die konzentrierten Angriffe der Verteidigung auf die Staatsanwaltschaft schon im Interesse des Ansehens der Behörde nicht weiter auf-singen.

Diese Flucht des Staatsanwalts aus dem Gerichtssaal ist zugleich eine Flucht an die Öffentlichkeit. Denn sie bedeutet nichts geringeres, als einen offenen Protest gegen die bisherige Verhandlungsführung durch den Vor-sitzenden, der eine in deutschen Gerichtssälen bislang unbe-kannte Milde gegen Angeklagte und Verteidigung an den Tag gesetzt hat. Schon einmal hatte der Staatsanwalt das Ge-richt um Schutz ersucht gegen die persönlichen Angriffe, die besonders der Justizrat Kahl — einst eine Leuchte der so-geannten Jungliberalen, jetzt ein völkischer Klop-fechter — gegen ihn gerichtet hatte. Als Antwort wurde ihm die Befehlung des Vorsitzenden, es sei nicht Sache des Staats-anwalts, dem Vorsitzenden eine Klage über seine Geschäfts-führung zu erheben. Freilich, wer die Berichte verfolgt, hat zumeist den Eindruck, daß diese Geschäftsführung nicht kriti-siert werden kann, weil sie unter aller Kritik ist.

Jetzt ist die Sache zum Bruch gekommen. Erst nachdem der Erste Staatsanwalt die Tür knallend ins Schloß ge-worfen, rafft sich der Herr Reichard dazu auf, dem Ver-teidiger milde Vorhaltungen zu machen. Erst jetzt kommt auch den Verteidigern zum Bewußtsein, daß mit einer Ver-urteilung des Prozesses den Angeklagten oder doch einem Teil von ihnen Verlängerung der Untersuchungshaft oder sonstige Unannehmlichkeiten erwachsen würden. Bisher haben sich die Hitler-Ladendorff und Konsorten so sehr als Herren der Lage gefühlt, daß sie jede Unpopulanz sich leisten durften. Hat sich doch einer der Anwälte sogar erdreistet, die rheorische Frage zu stellen, ob der „Vorwärts“ oder irgendein „Haupt-mann Funk“ gelogen hätte, der ihm über den angeblichen Reffen des Reichspräsidenten irgendeine Mitteilung machte. Durch Wolffs Bureau ist inzwischen die Antwort klipp und klar erfolgt, daß keinerlei Verwandter des Reichspräsidenten bei diesem sagenhaften „Bischofswedel“, der jetzt nur ein Unteroffizier gewesen sein soll, in Frage komme. Der Vor-sitzende des Gerichts aber, der selbst die unerschämtesten An-würfe auf den ersten Repräsentanten des Reichs mit schwe-gender Gelassenheit passieren läßt, hat von dieser Erklärung selbstverständlich keine Kenntnis. Und wenn doch, so hält er es nicht für nötig, sie mitzuteilen.

Inzwischen ist der — deutchnationale — Justizminister Bayerns zur Entscheidung angerufen. Die Staatsanwälte holen sich bei ihm als ihrem Vorgesetzten Weisungen für ihr weiteres Verhalten. Damit erhält die ganze Angelegenheit ein politisches Gesicht. Denn wenn der Justizminister das Verhalten der Staatsanwälte deckt, so bedeutet das für die Verhandlungsführung eine Verurteilung, wie sie im Buche steht. Läßt er die Staatsanwälte fallen, denen „Verhaftungs-fimmel“ und ähnliche schöne Dinge vorgeworfen wurden, so bedeutet das im Gegenteil einen Triumph der völkischen An-geklagten und ihrer juristischen Wortführer, lange vor dem Entschluß des Gerichts.

Fakt könnte man auf den Gedanken kommen, daß die Verteidiger es absichtlich darauf angelegt hätten, die Sache zur Explosion zu bringen, eine Verurteilung des Prozesses auf lange Zeit zu erzielen und damit die Reden der Angeklagten ohne Gegenwärtigkeit im Saal zu belassen. Doch dieser Trick scheint Erfolg zu haben, daran ist nicht nur der Staatsanwalt, sondern vor allem die herrschende hierarchische Parteipolitik interessiert. Deshalb harret alles auf den Entschluß des deutchnationalen Justizministers. Er dürfte ihm einige Beschwerden machen!

BS. München, 6. März.

Nach einseitiger Verhandlungspause wurde der Hitler-Ladendorff-Prozess wieder aufgenommen. Vor der Eröffnung der Sitzung traten die Angeklagten mit ihren Verteidigern in einem besonderen Zimmer zu einer Konferenz zusammen, in der man sich mit der gestrigen Besprechung zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern beschäftigte. Wie wir hören, bestehen erhebliche Unstimmigkeiten über die Art der Beweisführung. Während nach dem Willen des Vorsitzenden die Hauptzeugen Kahr, Gollow und Seißer erst ganz zum Schluß und vor ihnen zunächst alle Zeugen für den äußeren Teilbestand des Novemberputsches gehört werden sollen, besteht die Verteidigung darauf, daß nunmehr nach Abschluß der Beweisnahme über die Beteiligung der Insaniereschüler und über die Vorgänge im Reichspräsidenten vor allen Dingen zuerst Kahr, Gollow und Seißer vernommen werden sollen. Die Meinungsverschiedenheiten, die von der Verteidigung sehr ernst genommen werden, dürften nach zu Auseinandersetzungen führen.

Vorl.: Es sind von den Angeklagten gegen die Reichswehr und Polizei Angriffe erhoben worden. Das Gericht hat nach der Straf-prozessordnung nicht die Möglichkeit, die Aussagen der Angeklagten zu beschränken. Das Bayerische Wehrkreiskommando hat hier ein Schreiben gefordert und gebeten, den hier sehr angegriffenen

Leutnant Braun zu hören, und ich habe den Leutnant zu heute geladen. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß der ehemalige hier als Zeuge geladene Wachmeister Hoffmann, der angab, daß er wegen seiner nationalsozialistischen Gesinnung nicht beirrdert sei und den Verpflichtungsschein gegenüber der Republik nicht unterschrieben habe, die Unwahrheit gesagt habe, da Hoffmann

den Eid auf den Freistaat Bayern geleistet hat. Das Schreiben ist unterzeichnet vom Polizeipräsidenten Mantel. Ein zweites Schreiben eines Dr. Robert Dirksen tritt den Aus-führungen des Angeklagten Kriebel gegen den Polizeileutnant Godwin entgegen und es wird darin behauptet, daß der erste Schuß an der Residenz von den Nationalsozialisten gefallen sei.

Rechtsanwalt Godemann protestiert gegen die Vernehmung des Leutnants Braun am heutigen Tage, da man ihm andere Fragen entgegenstellen möchte, weil sonst in der Öffentlichkeit die Ansicht entstehen müsse, daß die Beschuldigten gelogen haben. — Rechts-anwalt Hemminger: Leutnant Wagner hat erklärt, daß in seiner Kompanie ein Bischofswedel Ebert sich revolutionär be-tätigt habe. Der „Vorwärts“ behauptet, daß es einen solchen Reffen des Reichspräsidenten nicht gibt.

Hauptmann a. D. Funk schreibt nun, daß in seiner Kompanie im Feldrekrutenkorp der 81. Reserveinfanterie ein Unteroffizier Ebert im September 1918 befand, der sich als Reffe des damaligen Reichstagsabgeordneten Ebert bezeichnete. Wer hat nun gelogen? (Der völkische Angeklagte selbstverständlich. Warum bringt der Vorsitzende nicht die Erklärung zur Verlesung, die der W.B. veröffentlicht wurde?)

Rechtsanw. Dr. Lueghebrunn polemisiert pathetisch gegen gewisse Karikaturendarstellungen, die von Hitler und Ludendorff wenig schmeichelhafte Bilder der Öffentlichkeit, und denunziert einen amerika-nischen Journalisten, weil er dem ersten Verhandlungsbericht die Ueber-schrift gab: „Die Führer der Bierrevolution“. Der Doktor Ludendorffs fügt hinzu: „Wenn der größte deutsche Heer-führer in so infamer Weise beschimpft wird, dann bedeutet das eine Schmäherung des ganzen Volkes. (Ach Gottchen! Red.) Das Ausland soll wissen, daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, diese Schmäherungen hinzunehmen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, dafür zu sorgen, daß das Gastrecht nicht in der-artiger Weise mißbraucht wird.“

Ein dramatischer Zwischenfall.

Dann erhob sich der Verteidiger Brüdners, Justizrat Kahl, dessen Ausführungen einen unerwarteten dramatischen Zwischenfall herbeiführten. Der Verteidiger richtete zunächst an Ludendorff und Hitler die Frage, ob es wahr sei, daß der letztere verhasste Haupt-mann a. D. Weiß zum Pressechef ernannt worden sei. Beide verneinten die Frage und Hitler betonte, daß Weiß nichts anderes getan habe, als auf seinen Wunsch die Pressevertreter zusammenzu-rufen. Justizrat Kahl: Der Hauptmann Weiß ist verhaftet worden, obwohl die Staatsanwaltschaft nach dem Gang der bisherigen Ver-handlung als Veranlassung hätte, von weiteren Vorhaltungen ab-zusehen, und trotzdem ein Beschluß des Landtages vorliegt, alle die-sigen, die mit den Novemberereignissen in Verbindung stehen, nicht mehr zu verhaften, so kann nicht gegen sie Anklage erhoben ist. Vorl.: Das gehört doch hier nicht zur Sache.

Justizrat Kahl (fortfahrend): Weshalb verhaftet die Staats-anwaltschaft diesen Mann und nicht andere Leute, die an der Sache mehr beteiligt sind. Hauptmann Weiß hat im Kriege ein Bein ver-loren. Er kann die Untersuchungshaft nur schwer ertragen. Er ist einer der tapfersten Offiziere der Armee gewesen, er war monate-lang Mitarbeiter von Kahr als Herausgeber des „Heimatland“.

Es herrscht ja bei der Staatsanwaltschaft der reinste Verhaftungsfimmel!

Vorl.: Herr Justizrat, ich bitte abzubringen, wir haben hier keine Sache Weiß, sondern nur eine Sache Hitler und Genossen.

Justizrat Kahl: Es ist doch unbegreiflich, daß noch immer solche Verhaftungen vorkommen. Weiß konnte sich nicht freiwillig stellen, weil er sonst von Herrn v. Kahr sofort in Schutz-haft genommen worden wäre. Noch niemals hat jemand seine per-sönliche Macht so mißbraucht, wie Herr v. Kahr, als es sich darum handelte, Karyagen, daß er an dem Unternehmen nicht beteiligt war. Warum hat die Staatsanwaltschaft nicht die Verhaftung, die die Blut-schuld des 9. Novemb. auf sich geladen haben? (Lebhafte Bravo-rufe im Zuhörerraum.)

Daraufhin erhob sich der

Erste Staatsanwalt Stenglein:

Ich habe folgende Erklärung abzugeben: Ich bin hier wiederholt Gegenstand sehr verletzender Angriffe, zum Teil sogar per-sönlicher Art, gewesen. Ich habe mich gemäßig und zurückgehalten, weil ich das Bestreben hatte, die Verhandlung in sachliche Bahnen zu lenken. (Mit vor Erregung zitternder Stimme:) Heute aber ist das Maß voll. Mir ist hier „Verhaftungsfimmel“ und allerhand vorgeworfen worden. Es ist nicht um meiner Person, sondern um des Ansehens der Stelle willen, die ich als Vorstand der Staats-anwaltschaft in München bekleide. An dieser Verhandlung, in der fortgesetzt denkwürdige Angriffe gegen mich gerichtet werden, kann ich nicht weiter beteiligen. Ich bitte meinen Kollegen Ehardt, die Anklage weiter zu vertreten.

Mit diesen Worten setzte der Erste Staatsanwalt sein Barock auf, ging an den Richterisch entlass, zum Saalausgang und warf die Tür knallend hinter sich zu. (Große Erregung im ganzen Saal.)

Staatsanwalt Ehardt: Ich werde meiner vorgelegten Behörde von dem Vorgefallenen Mitteilung machen und bitte zunächst, die Verhandlung einzustellen zu unterbrechen. — Vorsitzender (zu Justiz-rat Kahl): Ich muß ganz entschieden gegen diese beleidigenden Äußerungen Stellung nehmen. Es ist nicht angezeigt, Herr Justiz-rat, so aggressiv vorzugehen.

Justizrat Kahl: Ich muß die Klagen des Vorsitzenden hin-nehmen. Aber der Herr Vorsitzende muß sich auch einmal in die Gefühle des Hauptmanns Weiß hineinversetzen. Warum ist er ver-haftet, und warum läßt die Staatsanwaltschaft andere Leute frei herumlaufen?

Staatsanwalt Ehardt (unterbrechend): Ich bitte, es mir zu erlassen, auf diese Sache nochmals einzugehen, sonst würde ich dem Beispiel meines von mir hochverehrten Vorgesetzten folgen.

Die Selbstentmannung der Mitte.

Verzicht auf Beratung der eigenen Anträge.

Die Tagesordnung der heutigen Reichstags-sitzung bildet eine interessante Bekläre. Zwar weicht sie von den Tages-ordnungen der letzten Sitzungen nicht ab — da man eben noch in der allgemeinen Aussprache steckt und zur Spezial-beratung noch nicht gekommen ist — aber nach den Vorgängen des ge-irgen Tages erscheint sie doch in eigenartiger Beleuch-tung. Man findet auf ihr neben den schon mehrfach be-sprochenen sozialdemokratischen Anträgen auch folgende An-träge der bürgerlichen Regierungsparteien:

Antrag des Abg. Diernreiter und Genossen (Bayerische Volkspartei) betreffend Beschäftigung von Erwerbslosen.

Antrag Schiffer und Genossen (Demokraten) zur Abänderung und Ergänzung der Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege.

Antrag Kahl und Genossen (Deutsche Volkspartei) zum gleichen Thema.

Antrag Schiffer und Genossen (Demokraten) betreffend die Beschränkung der Beweisausnahme in Strafsachen.

Antrag Kahl und Genossen (Bayerische Volkspartei) be-treffend Aufhebung des Staatsgerichtshofs.

Antrag Knieß und Genossen (Demokraten) betreffend Kredit-fragen, steuerliche Belastungen usw.

Antrag Düringer und Genossen (Deutsche Volkspartei) be-treffend Änderung der dritten Steuerverord-nung.

Antrag Kahl und Genossen (Demokraten) betreffend Änderung der Personalabbauverordnung.

Antrag Morath und Genossen (Deutsche Volkspartei) be-treffend Änderung der Personalabbauverordnung.

Antrag Kahl und Genossen (Demokraten) betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Rechte und Pflichten der Beamten.

Antrag Kahl und Genossen (Demokraten) betreffend Arbeits-zeit in den öffentlichen Betrieben und Verwal-tungen.

Was bedeutet das? Die Regierungsparteien mit Aus-nahme des Zentrums haben zu den Verordnungen der Regierung ebenso wie die Sozialdemokraten, die Deutchnationalen und die Kommunisten zahlreiche Abände-rungsanträge gestellt. Wenn die sozialdemokratischen Anträge beraten werden, werden die der anderen Parteien natürlich mitberaten.

Aber was geschieht? Die bürgerlichen Regierungsparteien verzichten auf die Beratung ihrer eigenen Anträge, bloß damit auch die sozialdemokratischen Anträge nicht zur Erledigung kommen. Sie erklären sich damit einverstanden, daß die Regierung lieber den Reichstag nach Hause schickt, als daß sie eine sachliche Beratung der gestellten Anträge, also auch ihrer eigenen, zuläßt!

Zu welchem Zweck haben nun die bürgerlichen Mittel-parteien ihre Anträge gestellt? Wie wollen sie sich gegen den Vorwurf wehren, sie hätten bloß den Wählern ein Schau-gericht bieten wollen und nähmen ihre eigenen Anträge gar nicht ernst?

Und wenn die Sozialdemokratie dieses Spiel nicht mit-macht, sondern zu ihren Anträgen steht und lieber alle Konsequenzen auf sich nimmt, als daß sie sich zu dem gleichen wenig ehrenvollen Verhalten entschleße wie sie — mit welcher Parole wollen sie dann gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen?

Die Mittelparteien begehen durch ihr Verhalten geradezu Selbstmord, und es kann nur noch die Frage sein, wer ihre Erben sein werden, die Rechte oder die Sozialdemokratie.

Darum geht der Wahlkampf!

Justizrat Kohl: Es gibt noch andere Staatsanwälte in München. (Große Unruhe im Saale.)

Auf diesen Jurat hin verließ auch Staatsanwalt Ehardt seinen Platz, und der Vorsitzende sah sich gezwungen, die Sitzung vorläufig zu unterbrechen.

Die Fortsetzung des Prozesses in Frage gestellt.

In der Pause, die nun folgte, wurden die Vorgänge, die sich vorher abgespielt hatten, überall auf das lebhafteste kommentiert. Bei den Angeklagten und ihren Verteidigern herrschte über das Vorgehen des Justizrats Kohl außerordentliche Bestürzung. Man war sich vollkommen darüber klar, daß durch das Vorgehen des genannten Anwalts die Weiterführung des Prozesses in Frage gestellt sei und daß für die Angeklagten infolgedessen sehr wenig angenehme Folgen entstehen könnten.

Die Staatsanwaltschaft, der Erste Staatsanwalt Stenglein und Staatsanwalt Ehardt zogen sich mit dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Reichardt zurück, um zunächst einmal eine Aussprache über den Vorfall vorzunehmen. Diese Unterbrechung hat bei dem ohnehin gespannten Verhältnis, das zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft besteht, offenbar nicht zu einem Ueberkommen geführt, denn der Erste Staatsanwalt Stenglein begab sich unmittelbar darauf

Im Auftrage zum bayerischen Justizminister,

um diesem den Vorfall vorzutragen und eine Entscheidung darüber herbeizuführen, wie die Staatsanwaltschaft sich zu verhalten habe.

Auf die Verteidigung trat zusammen und es ist, wie wir erfahren, dabei zu sehr scharfen Auseinandersetzungen mit dem Justizrat Kohl gekommen. Jedenfalls wurde beschlossen, eine Erklärung abzugeben, in der die Verteidiger in ihrer Gesamtheit von dem Vorgehen des Justizrat Kohl scharf abtrüben.

Nach mehr als einer halben Stunde erschien dann das Gericht wieder im Saal, allerdings war erster Staatsanwalt Stenglein nicht mehr anwesend. Dagegen gab Staatsanwalt Ehardt folgende Erklärung ab: Ich erkläre, daß meine Anwesenheit hier vorläufig nur rein informatorischen Charakter hat, und daß ich der hoffentlich nur kurzen Sitzung nur formell beizuhole.

Vors.: Ich verstehe Sie dahin, daß Sie also einen

Antrag auf Vertagung

stellen?

Staatsanwalt Ehardt: Bis zur Erledigung der Angelegenheit, ja wohl.

Justizrat Kohl: Bevor weitere Beschlüsse erfolgen, möchte ich erklären, daß ich in der Erregung Ausdruck gebraucht habe, die der Staatsanwalt als beleidigend empfunden hat. Es liegt mir nichts ferner, als den Herrn Staatsanwalt etwa anzugreifen oder gar persönlich beleidigen zu wollen.

Im Namen der Gesamtverteidigung gab Justizrat Schramm folgende Erklärung ab: Im Namen der Gesamtverteidigung erkläre ich, daß die übrigen Verteidiger bedauern, daß Justizrat Kohl Ausdruck gebraucht hat, durch die die Staatsanwaltschaft sich beleidigt gefühlt hat. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß der Prozeß nach Beilegung dieses Zwischenfalls in derselben vornehmen Weise weitergeführt wird, in der er mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen hat.

Darauf verzogte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Reichardt, die Verhandlung bis zum Freitag, morgens 8 1/2 Uhr.

Ueberweisung an den Staatsgerichtshof?

Es ist nun die Frage, ob es im Laufe des heutigen Tages möglich sein wird, den Zwischenfall, der durch die Brüstlerung der Staatsanwaltschaft durch Justizrat Kohl erfolgte, beigelegt werden kann. An sich wäre es möglich, daß der Justizminister einer Weiterführung des Prozesses zustimmt, wenn Justizrat Kohl sein Mandat niederlegt. Die Gesamtverteidigung möchte sich allerdings dem Antrag angeschlossen, um den Frieden wieder herzustellen. Wenn es dagegen nicht möglich sein sollte, den Verteidiger zu eliminieren, wäre es denkbar, daß das Justizministerium die Weiterführung des Prozesses aussetzt. In diesem Falle würde Verhandlung gegen die Angeklagten nicht mehr vor bayerischen Gerichten stattfinden. Bekanntlich hören die Volksgerichte in Bayern mit dem 1. April auf zu existieren. Dann müßte, da es inzwischen kaum möglich sein wird, einen anderen Vertreter der Anklage mit der Durchführung der Verhandlung zu betrauen und da so bei einer neuen Beilegung der Staatsanwaltschaft der ganze Fall noch einmal aufgerollt werden müßte, der Prozeß an den Staatsgerichtshof in Leipzig überwiesen werden. Die Verteidiger sind nun in der Gesamtheit der Ansicht, daß im Interesse

ihrer Klienten dieser letzte Fall nach Möglichkeit vermieden werden soll und so wird man heute alles tun, um einen Ausgleich herbeizuführen. Es ist jedoch durchaus fraglich, ob die Staatsanwaltschaft sich mit den bisherigen Erklärungen begnügen wird und ob sie nicht Garantien fordert, daß derartige Szenen, wie sie sich heute abgespielt haben, sich nicht wiederholen. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat der Justizminister, der im Laufe des Tages auch den Vorsitzenden und Vertreter der Anwälte hören wird.

Eine weitere Verhaftung.

München, 6. März. (M.B.) Wie die „Großdeutsche Zeitung“ aus Landshut meldet, wurde der Führer der dortigen Ortsgruppe der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Apotheker S'rasser aus der Schutzhaft entlassen. Nach dem gleichen Blatt wurde zusammen mit Hauptmann a. D. Weiß am 4. März vormittags auch Oberleutnant Ferdinand Ranz verhaftet.

Zwei Anträge.

Gegen den Ausnahmezustand.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Artikels 48, Absatz 2, getroffenen Maßnahmen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 (R.V. I. S. 152) außer Kraft gesetzt werden.

Der Reichstag verlangt, daß die seit dem 26. September 1923 auf Grund des Artikels 48, Absatz 4, von der bayerischen Landesregierung getroffenen einseitigen Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden.

Richtungskämpfe in der KPD.

Abhängigkeit von Führergarnituren.

Die Funktionärerversammlung der Berliner Kommunisten hat den Schiefer, der über den Zuständen in der kommunistischen Partei während der Zeit ihrer Illegalität lag, hinweggezogen. Die Situation zeigt einen vollen Sieg der Linken. Werner Schölem ist der Herr der Stunde.

In seinem Referat führte Schölem aus, Brandler, Thalheimer und Konsortien seien endgültig beseitigt, sie hätten sich bemüht, die Partei nach rechts zu treiben, das sei ihnen aber nicht gelungen. Nach dem Sturz Brandlers hätten sich zahlreiche „rechte“ Führer auf dem Boden der „Mitte“ zusammengefunden; dieser Mitte stehe die Linke mit schärfstem Mißtrauen gegenüber. Sie werde nicht dulden, daß sich in der Partei „eine sozialdemokratische Zelle“ bilde, sondern werde sich „gegen die sabotierenden Parteibureaucraten“ siegreich durchsetzen.

Koenen wand sich wie ein Wurm. Die Mitte (die er vertritt) werde sich immer mehr auf den Boden der Linken stellen. — Franke versuchte unter stürmischen Zwischenrufen, die Rechte zu verteidigen. Die folgenden Redner wandten sich alle gegen die saule Mitte, die nur eine verschleierte Rechte sei. Der Ausschluß Brandlers wurde gefordert. Es dürfe, sagte Holzfelder, nicht noch einmal zu einer Niederlage durch die Sabotage der rechten Führer kommen. Der natürliche Mißtrau der kommunistischen Parteiaktivisten wird also nicht mehr dem „Verrat der Sozialdemokratie“, sondern der Sabotage der eigenen „rechten“ Parteibureaucraten und „Bonzen“ zugeschrieben.

Auch mit der Redaktion der „Roten Fahne“ scheint man nicht sanftmütig umgegangen zu sein. Es wurde verlangt, daß sie mit der alten Einstellung breche und sich klar „in die neue Orientierung der Partei“ einfüge. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die Funktionärerversammlung spricht angesichts der Tatsachen, daß die bisherige linke Opposition nunmehr die Führung der KPD übernimmt, nachdrücklich folgendes aus: Die Linke wird von ihren Aufstellungen in der Frage der Einheitsfronttaktik und der Zwischenlösungen, um die sie in der Partei gekämpft hat, nicht um Haarsbreite abweichen. Sie betrachtet mit tiefem Mißtrauen die sogenannte Mittelgruppe, die sich in der Partei gebildet hat, sie wird

dieser Gruppe keinerlei Konzessionen machen. Die Funktionärerversammlung fordert von einer linken Führung der Partei radikalste Vorgehen gegen alle Elemente, welche die innere Umstellung der Partei sabotieren wollen.

Das sind die letzten Zustände eines phrasenschwangeren Scheinradikalismus und weiter nichts. Die Führer der „Linken“ wissen ebensogut wie die der „Rechten“ und der „Mitte“, daß sie keine „Weltrevolution“ machen werden und daß die Parole des „bewaffneten Kampfs“ Mumpst ist.

Was Schölem die „Bildung einer sozialdemokratischen Zelle“ in der KPD nennt, ist weiter nichts als das Eindringen der Erkenntnis, daß sich die kommunistische Parolenpolitik folgerichtig hat und daß es keine andere Methode zur praktischen Vertretung der Arbeiterinteressen gibt als die der Sozialdemokratie. Gegen das Eindringen dieser Erkenntnis wird nun mit Abfegung der „Bonzen“ und Ausschlußverfahren gearbeitet. Es wird auf die Dauer nichts helfen!

Neue Methoden?

Die alten Lügen.

Der Breslauer Universitätsprofessor Freitag-Dorringhoven läßt in der deutschnationalen und deutschpöpstlichen Presse behaupten, unser Waldenburger Parteikakt, die „Schlesische Bergwacht“, habe von seiner Rede in Badenburger einen falschen Bericht verbreitet, und zwar in der Absicht, ihn durch eine Denunziation beim Kultusministerium zu Fall zu bringen. Man weiß nicht, ob man über diese Nichtsstellung lachen oder weinen soll. Unser Waldenburger Parteikakt hatte einige besonders unflätige Bemerkungen des Redners über die Republik und ihre öffentlichen Vertreter festgehalten. Der deutschpöpstliche Wanderredner, Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ und Universitätsprofessor versucht sich nunmehr, nachdem seine hegerische Tätigkeit selbst die Aufmerksamkeiten des Kultusministeriums auf sich gelenkt hat, als die gezielte Leberwurst aufzuspielen. Dabei ist es allgemein bekannt, daß der Professor Freitag-Dorringhoven die angenehme Gewohnheit hat, vom Kaiser herab auf die Republik, ihre Institutionen und Persönlichkeiten in der unangenehmsten Weise zu schimpfen. Besonders die Vertreter des preussischen Staates haben es ihm angetan. Er hat sich deshalb bereits eine Verwarnung ausgezogen. Außerdem schwebt gegen ihn ein Disziplinarverfahren. Sollte diesem pöpstlichen Manne, wie so vielen seiner Gefinnungsgenossen im letzten Augenblick das Herz in die Hose gefallen sein? Wir befürchten, die Hochrechnung wird mit einigen Schwierigkeiten verknüpft sein und das „glücklich entbunden“ wird ihm anders in die Ohren klingen als seinen Münchener Freunden.

Kaas gegen Ludendorff.

Ueber die Abrechnung des Zentrumredners Dr. Kaas mit Ludendorff, die wir aus technischen Gründen im Reichstagsbericht unserer Morgenausgabe nur erwähnen konnten, wollen wir noch einiges nachtragen:

Wir müssen Kaaspolitik treiben, aber manche Artikel unseres Volkes werden mit Illusionen angefüllt. Wie können sich als Führer bezeichnen solche, die davon sprechen, die schwarzweiße Fahne in das Rheinland zu tragen. Mit diesen Methoden muß Schluch gemacht werden. Ein Verbrechen ist es von Hochverrätern, an der mühsam geschaffenen deutschen Verfassung mit Gewalt rütteln zu wollen.

Es ist Wahnsinn, wie diese Leute mit der nationalen Gefinnung ihrer Mitglieder umspringen zu können glauben.

Ich lege Verwahrung ein gegen die Angriffe, die Ludendorff gegen den Vatikan und die ganze katholische Bevölkerung gerichtet hat. Es scheint, als ob er noch die blaue Brille trägt, die er damals trug, als er zwischen sich und Deutschland die schwedische Grenze legte. Wer die Geschichte seit 1917 verfolgt hat und alle Friedensschritte des Papstes beobachtet, weiß, daß nichts anderes die Feder des Papstes geführt hat, als der ehrliche Wille, zur Beendigung des Völkerringens zu kommen, die allerdings auf beiden Seiten Zugeständnisse erforderte, aber auch beiden Seiten Vorteile gebracht hätte, die wir heute leider vermissen. Damals wurde von deutscher Seite anders über die Friedenspolitik des Papstes gesprochen.

Das Kalifat.

Das Ende einer tausendjährigen Einrichtung.

Die Nationalversammlung von Angora, in ihrer Mehrheit radikal und erfüllt vom Reformgeist, hat nun auch das Kalifat abgeschafft und die Familie des Kalifen für immer aus der Türkei verbannt, nachdem sie zuvor schon den Kalifen des Thrones entsetzt hatte. Niemand vermag noch zu sagen, wie diese Maßnahme auf die islamische Welt wirken wird, die seit einem halben Jahrtausend im Besitz der Herrschaft über das höchste Oberhaupt aller Muselmanen gesehen hat. Aber das Kalifat selbst ist noch weit älter als das Türkenreich, ist so alt wie der Islam selbst. Schon der erste Nachfolger Mohammeds, Abu Bekr, der Schwiegervater des Propheten, hatte sich die Würde eines „Kalifa Rasul Allah“, d. h. Stellvertreter des Abgesandten Allahs, beigelegt. Allerdings wurde dieser erste Kalif und seine Nachfolger, zu denen auch der jetzt abgesetzte Sultan gehört, nicht von allen Anhängern Mohammeds als rechtmäßig anerkannt. Die Schiiten nämlich behaupten, daß Mohammed seine Nachfolge nicht Abu Bekr, sondern seinem Schwiegersohn Ali übertragen habe, von dem der jeweilige Schah von Persien abstammen soll, der infolgedessen gleichfalls die Würde des rechtmäßigen Kalifen für sich in Anspruch nimmt. Die Schiiten haben stets die Anhänger des Kalifen von Konstantinopel, die Sunniten, auf das bestigste belästigt, aber sie haben niemals eine große Verbreitung ihres Gedankens erzielen können, so daß sich bis zum heutigen Tage der größte Teil der Anhänger des Islams zu den Sunniten zählt.

Die ersten vier Nachfolger Mohammeds werden die legitimen Kalifen genannt. Von ihnen sind nur der erste, Abu Bekr, ein natürliches Ende; die anderen drei fielen von Mordhand. Die nächste Dynastie, die der Omayyaden, beginnt mit Moawija I., der zwar als Statthalter von Syrien von dem letzten der vier legitimen Kalifen bei einem Aufstand gegen diesen von ihnen geschlagen wurde, aber, als der Kalif kurz darauf durch Mord ermordet wurde, den Thron an sich reißen konnte. Die Omayyaden haben dem Islam vierzehn Kalifen gestellt. Der bedeutendste unter ihnen ist Abd el Malik, der als erster arabische Münzen prägen ließ, die arabische Sprache zur Amtssprache gemacht hat und sich in Künsten und Wissenschaften viele Verdienste erworben hat. Während sein Sohn Weiss I. noch das Reich auf der alten Höhe zu erhalten vermochte, ging es nach seinem Tode unaußhaltbar dem Verfall entgegen, bis im 8. Jahrhundert mit Merwan II. die Herrschaft der Omayyaden ein Ende fand. An ihre Stelle trat die Dynastie der Abbasiden, die, nachdem Merwan sich gegen diesen auflehnte, ihn in blutiger Schlacht geschlagen und im Jahre 750 getötet hatten.

Die Abbasiden lieferten dem Islam nicht weniger als 37 Kalifen. Der zweite von ihnen, Abu Dscha'far, mit dem Belanamen „el Mansur“, aus „Tausendjähriger Nacht“ als Almansor bekannt, war einer der grausamsten Herrscher, die es je gegeben hat. Er erwählte Bagdad zum Sitz des Kalifats. Sein Entel war Harun al Raschid, der, wie es im Märchen heißt, in der Verkleidung eines Mannes aus dem Volk durch die Straßen wanderte, um seine Untertanen kennen zu lernen. Die Geschichte weiß allerdings wenig davon

zu vermelden, und mit seiner Tüchtigkeit als Herrscher muß es nicht weit hergewiesen sein; denn unter ihm begann das Reich die ersten Spuren des Verfalls zu zeigen. Er legte seine beiden Söhne als Herrscher ein, den einen über die Gebiete des Westens, den andern über die Ostprovinzen. Natürlich kam es bald zwischen den Brüdern zum Arien, das Reich trieb der Aufkündigung entgegen, und bald waren die Kalifen nur noch Schattenfiguren, die auf Gedeih und Verderb von ihrer Leibwache abhängig waren. Nach vielerlei Kämpfen und Wirren, die sich durch die Jahrhunderte zogen, drangen im Jahre 1258 die wilden Horden Dschingis-Khans in die Märschenstadt Bagdad ein. Vierzig Tage lang wurde geplündert, 200 000 Menschen fielen den Barbaren zum Opfer, unter ihnen der letzte der Abbasiden. Nun folgten in vollständiger Verwirrung Kalifen und Gegenkalifen einander, ohne daß einer von ihnen sich durchsetzen und zur Macht gelangen konnte.

Unterdessen waren, zu Beginn des 13. Jahrhunderts, die Osmanen in das Reich der Bulgaren getreten. Ihr Häuptling Suleiman und seine Söhne führten 50 000 Familien von den Bergen Armeniens, wo sie als Nomaden und Viehhirten ihr Leben gefristet hatten, über den Euphrat nach der anatolischen Halbinsel, wo Osman I. in der Landschaft Phrygien den Grund zum Osmanischen Reich legte. Schnell bemächtigte sich die kriegerisch veranlagten Osmanen anderer kleinasiatischer Provinzen des Byzantinischen Reiches, und schon der Nachfolger Demans griff mit der Befestigung von Gallipoli nach Europa ab. Immer mehr dehnte sich das Türkenreich aus; im Jahre 1453 fiel die Hauptstadt Konstantinopel in die Hände der Osmanen. Unaufhörlich suchten die Eroberer ihr Machtgebiet zu erweitern. Serbien, Bosnien, Albanien, Travezun, ja, die polnische Markau unterwarf sich den Türken. Im Jahre 1517 zog Selim I. in Kairo ein und machte in Ägypten der Schaitenherrschaft ein angeblich abfassendes Kalifen ein Ende. Von da ab bis heute ist die Kalifenwürde bei der Dynastie der türkischen Sultane geblieben, die im Besitz der heiligen Reliquien, nämlich der grünen Fahne des Propheten, des Kleides und des Säbels Mohammeds waren. Das Kalifat des Sultans von Stambul wurde nun von allen Mohammedanern mit Ausnahme der Schiiten anerkannt. Die weltliche Macht der türkischen Sultane ging aber im Laufe der letzten Jahrhunderte mehr und mehr zurück; erfolglose Kriege gegen Oesterreich, Persien, Polen und Rußland entrißen den Türken große Bestandteile ihres Reiches. Durch den Berliner Frieden von 1878 wurde die Macht der Türkei noch weiter geschwächt.

Unruhen, die in Ägypten ausbrachen, gaben England einen Vorwand, dieses Land 1882 militärisch zu besetzen. Die zunehmende Schwächung des türkischen Reiches hatte aber auch eine starke nationale Bewegung zur Folge: das Jungtürkenium, das im Jahre 1909 stark genug geworden war, um den bespöttlichen Sultan Abdul Hamid abzusetzen. Ihm folgte Mehmed V., der 35. Herrscher aus dem Hause Osman und der 29. Sultan nach der Eroberung Konstantinopels. Als dieser beim Eintritt der Türkei in den Weltkrieg die grüne Fahne des Propheten entfaltete und zum „heiligen Kriege“ aufrief, zeigte sich der Niedergang der Gewalt des Kalifats über die mohammedanische Welt.

Den vollen Niedergang des Türkenreiches aber sollte Mehmed V. nicht mehr erleben. Er starb kurz vor Beendigung des

Weltkrieges im Juli 1918. Sein Nachfolger Wahid ed Din übernahm das Kalifat des Kalifats unter den ungünstigsten Umständen. Sein Volk war geschlagen und der Türkei drohte völlige Zerstörung. Diese Bedrohung rief die Kräfte, die im Volke schlummernden, von neuem wach. Entschlossen zerrissen die Türken unter der Führung des Kemal Pascha den Friedensvertrag von Sevres, der sie zur Ohnmacht unter der freien Kontrolle der Entente verurteilte, indem sie die Griechen aus Smyrna und ganz Kleinasien hinauswarfen. Über Wahid ed Din hatte an dieser Erhebung keinen Anteil. Er stand abseits und wurde am 2. November 1922 durch die Ausweisung der Türkei zur Republik abgesetzt. Das Kalifat erhielt Abdül Mehmed, der Sohn Mehmeds V. Aber schon bei der Ungültigkeit mit dem Schwert, die in der Türkei der Krönung obendändischer Herrscher entfiel, wurde ihm bedeutet, daß seine Stellung nicht im entferntesten der gleich komme, die die früheren Kalifen gehabt hatten. Jetzt hat man auch diesem Scheinkalifat ein Ende gemacht. Das ein Nachkommend der alten Kalifen noch mit einer so hohen Würde beehrt war, erschien der Nationalversammlung als Gefahr für den Bestand der Republik. So hat sie Abdül Mehmed abgesetzt und ihm des Landes verwiesen.

Kaufmannsbusse für Rom. Um die besonderen Verkehrsverhältnisse zu beschleunigen, die sich für das zur Großstadt gewordene Rom ergeben, hat der Generalsekretär der italienischen Verkehrsgeellschaft einen Plan ausgearbeitet, der einen Verkehr mit Luftschiffen vorsieht. Es sollen keine Luftschiffe verwendet werden, die nicht zu hoch fahren und sich an Routen halten, die durch über den Häusern ausgepannte Drähte bezeichnet sind. Die festen Drähte, die fast alle römischen Häuser besitzen, werden als geeignete Landungsplätze dienen und sollen durch Listanlagen bequem erreicht werden. Der Vater dieser verrätigen Idee hält sie für technisch und finanziell durchführbar, und glaubt, daß die immer zunehmenden Verkehrsverhältnisse Roms allein auf diesem Wege befriedigend gelöst werden können. Infolge der Unsicherheit des Erdbodens, auf dem die ewige Stadt steht, und wegen der kritischen Verhältnisse in den Fundamenten vieler alter Häuser ist die Anlage einer Untergrundbahn unmöglich. Die engen und winzigen Straßen genügen andererseits auf die Dauer immer weniger dem wachsenden Verkehr. Dazu kommen noch die besonderen Bodenverhältnisse der Hügelstadt, die die Anlage von Straßen erschweren, und so bleibt die einzige Zukunft der Weg in die Luft.

Vorstellung Karl Kraus für die Volkshöhe. Sonntag nachm. 3 Uhr. Karl Kraus im Amphitheater für die Volkshöhe aus Hauptmann „Weber“ vor. Karten 75 Pf. in der Geschäftsstelle der Volkshöhe, an den Theatern Theaterstraßen 10/11.

Für das Große Schauspielhaus wurden verpflichtet Frau Elisabeth von Ueber und Frau Luise von Appel.

Zum Gedächtnis Ludwig Permas, ihres Ehrenpräsidenten, veranstaltet die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger eine Trauerfeier Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Knautschbühl, Reithof 11. Nach einleitenden Worten des Präsidenten Ballauer wird Emil Lind die Gedächtnisrede halten.

Wiedereröffnung der russischen Missionen. Die Petersburger Akademie der Wissenschaften wird, dem „Wostok“ zufolge, in nächster Zeit 60 000 Exemplare ihrer Veröffentlichungen an die gelehrten Anstalten Westeuropas und Amerikas versenden.

Am dem Untersuchungsausschuss des Reichstages haben wir uns ein Bild machen können zum mindesten von den bedauerlichen formalen Verstößen gegen internationale Verpflichtungen, von der Verschleppungstaktik der verantwortlichen Männer, von dem unheilvollen Einfluss militärischer Instanzen, die es nicht dazu kommen lassen wollten, daß die vom Vatikan gewünschten Erklärungen über die Ziele der deutschen Politik abgegeben wurden. Ich habe im Untersuchungsausschuss gerade mit Rücksicht auf die Erzberger'schen Darlegungen und die Anschuldigungen derselben eine Ehrenpflicht zu erfüllen geglaubt, wenn ich, mit unerschütterlicher Objektivität meines Amtes waltend und alles aus den Ämtern festzustellen suchte. Die grandiosen Geländewerke, aus der Läden, darf nicht nur heute, sondern schon damals handelte, ist bedingt durch seine konfessionelle Einstellung und seine antirömischen Affekte. Von anderen Mächten ist dem Vatikan vorgeworfen worden, daß er Deutschland begünstige; eine Stellungnahme zugunsten Deutschlands kann jedenfalls nicht behauptet werden.

Ludendorff verdankt es gerade dem Vatikan, daß er in Deutschland seinen Luwerthalt haben kann.

darum muß man sein Auftreten bezeichnen als leichtfertig, unwissend und wenig ritterlich.

Am schlimmsten trifft der Vorwurf die deutschen Katholiken, daß wir am Verlust Elsas, Lothringens schuld seien. Elsas, Lothringen war schon zu fünfzig Prozent verloren, als wir es auch politisch verloren. Und Oberlothringen wäre auch in seinem letzten Rest verloren gegangen, wenn unsere weltlichen Kontakte nicht gewesen wären. (Rede, Beifall im Zentrum.) Mit aufrichtigem Schmerz müssen wir so manche Zerkerungserscheinungen beobachten, es ist eine Schmach, daß uns Katholiken solche Vorwürfe von dieser Stelle gemacht werden. Das Echo o dieser verunglückten Verhandlungen Ludendorffs wird sich in der ganzen katholischen Öffentlichkeit zeigen und auch im Rheinland. Soll das der Anfang des neuen Deutschlands sein? Wohin, man woge diese Fahrt, aber wir machen sie nicht mit. (Beifall im Zentrum.)

Zugegeben, daß es verhältnismäßig leicht ist, mit dem politischen Hornochsen Ludendorff fertig zu werden, so läßt die Abrechnung an Wucht und Gründlichkeit nichts zu wünschen übrig. Besonders interessant ist die Enthüllung, daß gerade der Vatikan sich dafür eingesetzt hat, daß Ludendorff Aussenhalt in Deutschland — und wohl besonders in Bayern — wieder nehmen konnte.

Noch kein Wahltermin.

Auch der 6. April fraglich.

Heute vormittag hatte der Reichsfinanzminister eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Mittags fand sodann ein Ministerrat über die Lage im Reichstage statt. Ueber den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung und über den Wahltermin steht jedoch im Augenblick noch nichts fest. Der Termin des 6. April, der in letzter Zeit mehrfach genannt wurde, ist noch nicht ganz sicher, wenigstens hat die Regierung noch keinen Beschluß gefaßt. Aus wahlrechtlichen Gründen ist der 6. April unwahrscheinlich. Da die Wahlen auch im besetzten Gebiet durchgeführt werden sollen, müßte ein solcher Beschluß der Rheinlandkommission verlangt allgemeine eine Frist von zehn Tagen. Die Wahlvorbereitungen könnten jedoch erst nach der Entscheidung der Rheinlandkommission beginnen. Ein allzu früher Termin für die Wahlen muß deshalb mit Rücksicht auf das besetzte Gebiet vermieden werden.

Die deutsche Kreditfrage.

London, 6. März. (W.T.B.) „Daily News“ zufolge hat die Nationale Friedens-Vereinigung dem Premierminister ein Memorandum übersandt, worin für die Einberufung einer Weltkonferenz eingetretet wird, die unter anderem erwägen soll, wie die deutschen Finanzen in Ordnung gebracht werden können, und wie der notwendige Auslandskredit für Deutschland gesichert werden soll. Auch auf die vielleicht erforderliche Revision gewisser Teile des Versailles-Vertrages wird in dem Memorandum hingewiesen.

Die Goldnotenbank.

Paris, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus den am Montag von dem Komitee Dawes zusammen mit dem Reichspräsidenten Dr. Schacht durchberatenen Statuten der Deutschen Goldnotenbank glaubt die „Information“ folgende Einzelheiten mitteilen zu können:

Das Kapital der Bank soll 1 200 Millionen Goldmark betragen und sich wie folgt zusammensetzen: 1. Das eigentliche Aktienkapital der Bank in Höhe von 400 Millionen, von denen 100 Millionen die Grundstücke und Gebäude der Reichsbank repräsentieren, 150 Millionen in Deutschland, die restlichen 150 Millionen im Ausland zur Zeichnung aufgelegt werden sollen. 2. Weitere 400 Millionen sollen dem neuen Institut aus der durch die Ueberträge der deutschen Bahnen zu garantierenden internationalen Anleihe zur Verfügung gestellt werden. 3. Der Rest in Höhe von ebenfalls 400 Millionen soll durch eine innerdeutsche Obligationenleihe aufgebracht werden, für die ein Teil der Hypotheken, auf die die Rentenbank aufgebaut ist, als Garantie dienen soll. Der Zinssfuß dieser deutschen Obligationen soll auf 8 Proz. festgesetzt werden sein. Der Verwaltungsrat des neuen Instituts soll aus 14 Mitgliedern, 7 Deutschen und 7 Ausländern (je einem Amerikaner, Engländer, Italiener, Franzosen, Belgier, Holländer und Schweizer) bestehen. Der Präsident soll ein Deutscher sein. Seine Stimme soll bei Stimmengleichheit den Ausschlag geben. Das Personal der Reichsbank soll von dem neuen Institut in seiner Gesamtheit übernommen werden.

Amtliche Devisentafel.

	6. März		5. März	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
100 holländische Gulden	156,61	157,89	156,61	157,89
100 argentinische Papier-Pesos	143,50	144,50	143,50	144,50
100 belgische Francs	14,06	15,04	14,06	15,04
100 norwegische Kronen	57,06	57,84	57,41	57,74
100 dänische Kronen	66,83	68,67	66,83	68,67
100 schwedische Kronen	100,72	110,28	100,72	110,28
100 finnische Mark	10,57	10,83	10,57	10,83
1 japanischer Yen	1,895	1,905	1,895	1,905
100 italienische Lire	18,15	18,25	18,15	18,25
1 Pfund Sterling	18,055	18,145	18,055	18,145
1 Dollar	4,19	4,24	4,19	4,24
100 französische Francs	17,16	17,24	17,16	17,24
1 brasilianischer Milreis	0,495	0,505	0,495	0,505
100 Schweizer Francs	72,92	78,18	72,92	78,18
100 spanische Pesetas	51,27	51,58	51,57	52,18
100 000 österreich. Kronen (abgest.)	6,28	6,42	6,28	6,42
100 tschechische Kronen	12,21	12,29	12,21	12,29
100 000 ungarische Kronen	7,48	7,52	7,48	7,52
100 bulgarische Lemas	3,89	3,41	3,89	3,41
100 jugoslawische Dinars	5,05	5,72	5,68	5,72
100 Danziger Gulden	72,21	72,50	72,21	72,59

Jah suche Stellung.

Seit dem 1. Januar suche ich Stellung. Im Bureau, Geschäft oder Haushalt. Konsequent ohne Erfolg. Wer glaubt auch einer abgebauten Redakteurin, daß sie rechnen oder Maschinerie schreiben kann? Vom Kochen schon gar nicht zu reden. Wenn mir aber wirklich ein Posten in Aussicht stand, so wären die Verhältnisse, unter denen man meine schätzbare Kraft engagieren wollte, zum mindesten anormal. Oder ist eine Arbeitszeit von 1/8 bis ca. 6 Uhr ohne Tischnacht, wie sie mir in einem Korsettgeschäft in der Beuthstraße geboten wurde, jetzt die übliche Bureauzeit?

Sehr unterhaltend war mein Erlebnis mit dem dunkelhäutigen, Herausgeber einer Industriezeitung, einem Perser, der sich gerade hinter einem Vorhang umkleidete, als ich zu ihm kam. Das Resultat dieser Beschäftigung, das ich dann genießen durfte, war in seiner Farbenfreudigkeit übermäßig: der persische Herr prunkte in einer roten Sportweste, hellgrauem Anzug, lichtblauem Schilps und gelben Schuhen. Wir als Arbeitssuchende war es interessant, von diesem Sohn des Orients zu hören, daß er keinerlei Mittel besäße, solche aber in Anbetracht des wichtigen Zweckes seiner Zeitschrift von der persischen und der deutschen Regierung zu erhalten hoffte. Da ich zumindest hinsichtlich der deutschen Regierung nicht die gleiche Hoffnung hegte, so widersand ich selbst der Lodung einer mir außer dem Gehalt versprochenen „Tasse Tee täglich“ und ging von dannen. Denn schließlich: sicher wäre hier wohl höchstens die Tasse Tee gewesen.

Eine Kartonsfabrik in der Wassertrstraße suchte eine „ganz selbständige Korrespondentin in Vertrauensstellung bei hohem Gehalt“. Ordnung zwischen 1 und 3 Uhr. Das wäre doch etwas für mich — bestimmt! Als ich um 1/2 Uhr ankam, standen etwa 40 Damen auf der Treppe bis in den Hof hinunter. Denn der Herr Kartonsfabrikant ließ die Stellungsuchenden draußen vor der Tür warten. Bei etwa 6 Grad Kälte. Was sind für ihn Arbeitssuchende auch anderes wie Bettler! Ungefähr alle Viertelstunden wurde eine hereingefahren. Die herauskam, schimpften: „Nicht mal 150 R. will der geben und verlangt 'wer weiß was!' Die „Vertrauensstellung“ schien mit ungefähr 100—120 R. bewertet zu werden. Nachdem wir — inzwischen waren noch immer mehr Stellungsuchende gekommen — etwa bis 4 Uhr gewartet hatten, hieß es: „Heute kann niemand mehr empfangen werden, wer will, soll morgen wiedertommen.“ Wozu aber niemand Lust hatte.

Nun versuchte ich es mit einem Inserat, in dem ich meine familiären Kenntnisse im journalistischen und kaufmännischen Beruf verlockend schilderte, auch angab, daß ich Haus- und Küchenpraxis besäße. Aber auch das zog nicht. Die Arbeitgeber verstehen eben nicht, ihren Vorteil wahrzunehmen. Es liefen nur verschiedene Aufforderungen ein, Aktien, Bücher, Zeitschriften u. dgl. gegen Provision zu vertrieben. Ein einziges Stellenangebot erging an mich, und das war so einzig in seiner Art, daß es verdient, in weitesten Arbeitnehmerkreisen bekannt zu werden. Hier ist es vorgetragen:

„Ich suche per sofort eine Dame, welche mir sowohl im Bureau, wie auch im Haus hilft, vollkommen freie Station und im Anfang ein kleines Taschengeld erhält, 'paier am Anloz beteiligt ist. Ihre Vorkenntnisse wären im Bureau Maschinenschreiben evtl. mal Stenogrammaufnahmen, Uebervachung der notenschreiblichen Arbeiten, welche von meinen Reklamen ausgeführt werden, Vorkehr mit der Rundschau. Im Hause, wo ich täglich für die großen Arbeiten eine Frau habe, Staubwischen, Kochen für uns beide, Nähen und Stopen, soweit Zeit ist, einmal im Monat Bütten und Rollen. Für die Wäsche habe ich auch eine Frau. Im Sommer habe ich einen kleinen Garten, wo Sie mir auch evtl. hin und wieder etwas helfen müßten.“

Inzwischen suche ich weiter Stellung, aber keine aus drei Posten kombinierte, wie sie mir in jenem Briefe „für ein kleines Taschengeld“ angeboten wird.

Im „Interesse Deutschlands“.

Ein früherer Hauptmann als Vorkühlschwinder.

Den Vorkühlschwinder im großen Betrieb im Frühjahr vorigen Jahres ein elegant auftretender Mann, der sich „Militärattaché und Kapitänleutnant a. D. Gerhard von Boh“ nannte und einen politischen Anstrich zu haben verstand. Er erschien bei Banken, Großindustriellen und Großgrundbesitzern, besonders in Pommern, um Bestellungen auf eine Broschüre zu suchen, die im „Interesse Deutschlands“ im In- und Auslande möglichst weit verbreitet werden sollte. Die Verbesformulare, deren Inhalt sich später als vollständig erdichtet erwies, trugen den Aufdruck „Auswärtiges Amt, Haus Wilhelmstraße“. Den so erweckten Eindruck, als ob er mit der Regierung in Verbindung setze und in deren Auftrag handele, wußte er dadurch zu verstärken, daß er in die Unterhaltung sehr oft Namen von hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens so einfließen ließ, als ob er mit ihnen in vertrautem Verkehr gestanden hätte. Weil die Umgangsformen des Mannes einwandfrei waren, so glaubte man ihm aufs Wort und gab ihm nicht nur die erbetenen Anzahlungen, sondern auch nch erhebliche Beiträge zur Fertigstellung des angeblich höchwichtigen Werkes. Als man in einer pommerschen Stadt einmal doch Verdacht schöpfte und den Werber festnehmen ließ, verlangte er unterstützt, einem sehr angesehenen Manne der Stadt gegenübergestellt zu werden, der ihn kenne. Ein Beamter brachte ihn dorthin, und nun begriffte der Festgenommene diesen Mann so gefaßt, daß sein Beifahrer überglücklich sein mußte, er kenne ihn und seine Familie schon seit langer Zeit. Nach dieser „Rekognoskierung“ wurde der „Militärattaché“ sofort wieder entlassen. Als sich herausstellte, daß er den angesehenen Mann nur daher kannte, daß er auch ihm erst am Tage vorher die Broschüre ausgereicht und eine reiche Summe abgenommen hatte, war er bereits verschwunden. Auf Grund der Warnungen in der Presse wurde der Schwindler endlich doch erwischt und als ein 26 Jahre alter aus Güstrow gebürtiger früherer Hauptmann Walter Bielse festgestelt. Die Ermittlungen ergaben, daß er auch Mecklenburg schon heimgesucht hatte. Deshalb sollte er jetzt von Dresden, wo er in Untersuchungshaft lag, nach Treptow a. d. Teckeln gebracht werden. Auf dem Wege dorthin ist er gestern entwichen. Ohne festen Wohnsitz wird er wahrlich zunächst versuchen, in einer Großstadt unterzutauchen, deshalb sähndet auch die Berliner Kriminalpolizei auf ihn. Mitteilungen über sein Auftauchen nimmt Kriminalkommissar Brebed im Polizeipräsidium entgegen.

Fällige Gemeindeabgaben im März.

Im Monat März sind an den städtischen Steuerstellen zu zahlen: a) Grundvermögenssteuer bis zum 15. März: in der bisherigen Höhe, soweit es sich nicht um gärtnerisch, forst- und landwirtschaftlich genutzte Grundstücke mit einem Gesamtwert für die Wirtschaftseinheit bis zu 200 000 R. handelt, deren Grundsteuer der im Finanzministeriumsblatt Nr. 3 und im Gemeindeblatt der Stadt Berlin Nr. 9 veröffentlichten Änderung unterliegen. Die Steuer für bebauten, vermietete Grundstücke kann bis zum 22. März ohne Zuschlag gezahlt werden. b) Straßenreinigungsbeiträge: Bis zum 15. März in der bisherigen Höhe. c) Hund- und Motorbootssteuer: Unterschiedsbeträge aus der inzwischen eingetretenen Erhöhung der Hundsteuer für den ersten Hund auf 30 Goldmark jährlich und der Erhöhung der bisherigen Motorbootssteuer um 50 Proz. sind für Januar/März bis zum 3. März fällig. d) Lohnsummensteuer: Bis zum 10. März. Die Steuer für den Monat März beträgt von dem im Februar gezahlten Lohn und Gehalt 1 Proz. des Lohnes für den 1. bis 30. Arbeitnehmer, 1 1/2 Proz. des Lohnes für den 31. bis 100. und 2 Proz. für den 101. und jeden weiteren Arbeitnehmer. Da die neuen Steuerfäge

rückwirkende Kraft vom 1. Januar d. J. haben, sind außerdem die Unterschiedsbeträge zu zahlen, die sich bei Anlegung der neuen Sätze unter Abzug der für Januar und Februar bereits geleisteten Zahlungen ergeben. Derartige Nachzahlungen kommen nur für Betriebe von mehr als 50 Arbeitnehmern in Frage. Im übrigen wird auf die an den Anstaltsgläulern veröffentlichte Bekanntmachung verwiesen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ein Zuschlag in Höhe von 5 Proz. des rückständigen Goldmarkbetrages zu entrichten.

Gestohlene Akten.

Ein Nachspiel zum Bernotat-Prozess.

Der Fall Bernotat wird in nächster Zeit wiederum das Berliner Gericht beschäftigen. Größtes Aufsehen erregte es feintzeit, daß „Direktor“ Karl Bernotat, der berühmte Gentleman-Einbrecher, mehrmals ebenso wie sein Hauptkomplize, der Kaufmann Otto Kaminski, aus dem Gefängnis entlassen konnte. Bei den angestellten Ermittlungen über die Mittel und Wege, die diese verwegenen Ausbrüche ermöglicht hatten, ergab sich die überraschende Tatsache, daß Bernotat und Kaminski bereits früher bei ihren zahllosen Wohnungs- und Hotel-Einbrüchen mehrfach festgenommen worden waren, daß die Ermittlungen aber regelmäßig im Sande verlaufen waren, weil die gesamten Polizei- und Strafakten über Bernotat verschwunden waren.

Es war sofort klar, daß Beamte die Hand im Spiel hatten, und es wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, daß sich auf verschiedene Landgerichte, auch außerhalb Berlins, erstreckte. Bernotat war bereits vor Jahren in Jüterburg zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Auch beim dortigen Landgericht waren alle Strafakten verschwunden. Im Mai 1920 hatten Bernotat und Kaminski einen Einbruch bei einem Ingenieur Weber in der Kantener Straße verübt. Die Akten wurden ermittelt und bei Kaminski wurde gestohlene Perser Brücken beschlagnahmt. Ein Jahr später war ein Einbruch bei dem hiesigen Konfuz Huelmar in der Wichmannstraße verübt worden und wiederum waren die beiden Einbrecher als Täter verhaftet worden. Es gelang ihnen in beiden Fällen, das Strafverfahren dadurch aus der Welt zu schaffen, daß sämtliche Polizeialten und Register-Einträge auf rätselhafteste Weise verschwanden. Sogar die daktyloskopischen Eintragungen und Vermerke im Verbrechenalbum, die Aktenregister und Vorstrafeneinträge bei den Staatsanwaltschaften I und III in Berlin und aus dem Halbbuch die Einträge des Namens Bernotat waren ausgeschlitten. Als dann die beiden langgesuchten Verbrecher endlich wieder, nachdem sie jahrelang ihr gemeingefährliches Treiben fortgesetzt und nahezu 100 Einbrüche verübt hatten, dingfest gemacht worden waren, kam man auch dem rätselhaften Aktenverschwinden auf die Spur. Bernotat hatte nach seiner Festnahme eingestanden, daß der Kriminalbetriebsassistent Richard Wiedhold an ihm mit einem derartigen Angebot herantreten war, und daß er Wiedhold dafür mehrmals größere Beträge gezahlt habe. Später hat er diese Aussage widerrufen und behauptet jetzt, daß er nur mit einem inzwischen verstorbenen Polizeivigilanten Schille in Verbindung getreten sei. Uebrigens waren Bernotat und Kaminski in ihrer Dreistigkeit sogar so weit gegangen, daß sie sich nicht nur mit der Freilassung begnügten, sondern daß sie auch mit Hilfe der Beamten die Herausgabe der beschlagnahmten kostbaren Teppiche bewirkten. Unter der Anschuldigung des Amisverbrechens und der Bestechung werden sich nunmehr in nächster Zeit der Kriminalbetriebsassistent Paul Wiedhold, der durch R. A. Dr. Jacques Abraham verteidelt wird, und der Kriminalbetriebsassistent Richard Wold gemeinsam mit Karl Bernotat und Otto Kaminski vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten haben. Die beiden angeklagten Polizeibeamten leugnen jede Schuld. Belastend für sie ist jedoch ein Kassiber, den Bernotat aus dem Gefängnis an seine Chefredaktion wollte. Bernotat, der zur Verbüßung der ihm zubilligten 12jährigen Zuchthausstrafe nach Rappart übergeführt worden war, befindet sich seit kurzem wieder unter strengster Bewachung im Untersuchungsgefängnis zu Moabit. Er wird in der neuen Verhandlung durch R. A. Bloch verteidigt werden. Kaminski verbüßt gegenwärtig seine mehrjährige Gefängnisstrafe in Tegel.

Neuortliche Straßenbahnerklame. Auf Ring 3 läuft zur Probe ein Triebwagen, der mit einer neuen Art von Dachklame ausgerüstet ist. Die Klameschilder sind abends beleuchtet, so daß durch diese Lichtklame auch in wenig beleuchteten Straßen die Klame zur Wirkung kommt. Für den Straßenbahnbetrieb selbst entsteht durch die Lichtklame der Vorteil, daß auch die Richtungschilder an den Seiten mitbeleuchtet werden.

Verband Volksgesundheit, Orisovetin Berlin. Die Kunst, den Menschen volksgesund zu machen. Referent: Gen. Dr. W. Blüch. Vorträge finden jeden Donnerstag abends 7 1/2 Uhr in der Schule Riederwallstr. 12, statt. Diskussions-Eintritt frei.

Erdbeben in Südamerika.

Aus San José im Staate Costarica wird gemeldet, daß neuerdings wieder 40 Erdstöße verspürt worden sind, davon 12 sehr heftige. Die meisten Straßen der Stadt sind infolge der durch die Erdstöße entstandenen Risse unbefahrbar geworden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Engerer Vorstand.

Freitag abend 5 Uhr Sitzung im Sekretariat, Lindenstr. 3.

K. Kreis Friedrichshagen. Sitzung, Wohnungsleiter! Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, beim Gassen-Pudmann, Straßener Höhe 25, bestimmt erschienen, 12. Kreis Tempelhof, Marienfeld, Marienfeld, Eichenstraße, Freitag, den 7. März, 7 1/2 Uhr, im Rathaus Warschau, Zimmer 26: Sitzung der Wohnungswirtschaft für alle 4 Orte Tüntenrode und polnische Erdbeben unbefahrbar e. Isorbisch. 21. St. Westfäl. Freitag, den 7. März, 7 1/2 Uhr: Funktionärstreffen bei Köhler, Wohnungsw. Ecke Karolinenstr. Alle, auch die weiblichen Funktionäre sind eingeladen.

Sport.

12. Berliner Sechstagerrennen.

Heute abend 9 Uhr beginnt im Velodrom am Kaiserdamm ein neues Berliner Sechstagerrennen, das bis zum 12. März, abends 10 Uhr, dauern wird. Die Wertungen finden nachmittags 5 Uhr, abends 10 Uhr und nachts 2 Uhr statt. Die bisherige 3-Uhr-Nachmittagswertung kommt durch die 5-Uhr-Wertung in Fortfall. Im übrigen werden bei jeder Wertung jetzt 6 (bisher 5) Spurts (zu je 10 Runden) ausgefahren. Darin ist erreicht, daß jeder einzelne Fahrer drei Spurts fahren muß, während bisher der eine des Jahrespaars 2 und der andere 3 Spurts zu bestreiten hatte. Das Prämiensystem, eine läbliche Erfindung innerhalb des Berufssportes, ist diesmal stark eingedämmt und auf bestimmte Stunden verteilt worden. Es gibt innerhalb 24 Stunden nur zwei Prämiensunden in der Zeit von 11—12 Uhr abends und 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr morgens. Die letzte Stunde, die gewöhnlich die Entscheidung des Rennens bringt, ist diesmal nach amerikanischem Muster zum erstenmal in Deutschland eingeführt worden, und zwar so, daß nach je 10 Runden in der letzten Stunde ein Wertungspurt stattfindet, wobei der erste 4 Punkte, der zweite 3, der dritte 2 und der vierte 1 Punkte erhält. Die Namen der Fahrerpaare sind: 1. van der Meer, 2. Lawrence-Taylor, 3. Storm-Bleemolen, 4. Oliver-Lonani, 5. Rizzato-Stollbrink, 6. Kütt-Lewenow, 7. Soldan-Bauer, 8. Lorenz-Lehmer, 9. Krupphals, 10. Hahn-Lieg, 11. Wittig-Schroye, 12. Sowell-Stabe, 13. Koch-Kroll, 14. Rubel-Rendelbader, 15. Pawle-Possenheim.

Gewerkschaftsbewegung

Gesamtvorstand des AFA-Bundes.

Tariffragen — „Arbeitnehmerpartei“.

Der Gesamtvorstand des AFA-Bundes hat zu dem Generalangriff der organisierten Unternehmer auf den Tarifvertrag und das staatliche Schlichtungswesen eingehend Stellung genommen und keine Zustimmung in irgendeiner Hinsicht erteilt. „Der Gesamtvorstand des AFA-Bundes hat in seiner Sitzung am 4. März 1924 einen Bericht über den Kampf der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen den sogenannten Tarifzwang entgegengenommen. Angesichts des Generalangriffs der Unternehmer auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung und namentlich im Hinblick auf die immer deutlicher zutage tretende Absicht der Arbeitgeber, nicht nur den staatlichen Tarifzwang, sondern die Tarifverträge überhaupt — insbesondere bei den Angestellten — zu beseitigen, billigt er es, daß der geschäftsführende Vorstand es abgesehen hat, sich an einem Abkommen mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Einschränkung des staatlichen Tarifzwanges zu beteiligen. Ungeachtet der Ablehnung dieses Abkommens wird festgestellt, daß die derzeitige Regelung des öffentlichen Schlichtungswesens unzulänglich ist. Der AFA-Bund wird deshalb nach wie vor in Gemeinschaft mit dem ADGB für eine soziale Ausgestaltung des Schlichtungswesens eintreten.“

Der Gesamtvorstand hat erneut die Aufmerksamkeit der Reichsregierung und der gesamten Öffentlichkeit auf die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ausgehende Missstände, verbindlich erklärte Schlichtungspraxis in Gesamtarbeitsverträgen nicht durchzuführen und vor der Stilllegung der Betriebe als Kampfmaßnahme gegen den sogenannten Tarifzwang nicht zurückzuführen. Er erwartet, daß die Reichsregierung zu diesem Vorgehen der Vereinigung einbittig Stellung nehmen wird. In die Mitgliedschaft der angeschlossenen Verbände richtet er die Mahnung, rechtzeitig ihre Organisationen so zu stärken, daß sie in der Lage sind, den Kampf um die gleichberechtigte Mitwirkung an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fruchtbar und mit Aussicht auf Erfolg zu führen.“

Der Vorstand beschäftigt sich weiter mit den bevorstehenden Reichstagswahlen. Dabei wurde zu der von einigen Behörden angestellten in Berlin gegründeten Deutschen Arbeiterpartei einstimmig bekannt:

„Der AFA-Vorstand erklärt, daß er der Gründung der sogenannten Deutschen Arbeiterpartei vollständig fernsteht. Er wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, daß sich diese Neugründung, ohne von irgendeiner Gewerkschaft das Mandat zu haben, als „Deutsche Gewerkschaftspartei“ bezeichne.“

Er hält nach wie vor an der organisatorischen Trennung und Selbständigkeit von Gewerkschaft und Partei fest und erwartet von den Angestellten, daß sie ihre parteipolitische Betätigung mit ihren freigewerkschaftlichen Grundauffassungen in Einklang bringen.“

Lohnabkommen in der Damenwäschbranche.

Eine Vertretung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Damenwäschbranche nahm am Mittwochabend einen Bericht des Bevollmächtigten Lohmann von den Lohnverhandlungen entgegen.

In seinen dem Arbeitgeberverband eingereichten Forderungen hatte der Bekleidungsarbeiterverband die Erhöhung der Löhne auf den Arbeitsstand beantragt. Dasselbe Verhandlungsmitteil den Arbeitgebern führte zu keinem Ergebnis, so daß schließlich im beiderseitigen Einverständnis der Schlichtungsausschuß angesetzt wurde. Nachdem hier mehrere Vermittlungsvorschläge des Schlichters von den Unternehmern abgelehnt worden waren, kam eine Vereinbarung zustande, die die Löhne ab 23. Februar wie folgt festsetzt: Selbständige Damenwäscherinnen 70 Pf. pro Stunde, selbständige Näherinnen und Selettarbeiterinnen 52,5 bis 66 Pf., selbständige Stickerinnen 52,5 Pf.; Kermelarbeiterinnen, Seerpinnen, sowie Kenderinnen 46,5 Pf.; Juarbeiterinnen, je nach Art, Lebrzeit und Beschäftigungsart von 30,5 bis 24,5 Pf. Der Stücklohn beträgt 60 Prozent des Preisstandes, das Heimarbeiterzuschlag 10 Prozent. Gegenüber den bisher gezahlten Löhnen bedeutet dieses neue Abkommen eine Zulage in der Höhe von 7 bis 8 Prozent. Die Organisation hat bereits wieder Lohnverbände beantragt.

Branchenleiter Kauffmann machte bekannt, daß ein Teil der Branchenkommissionenmitglieder durch Uebertritt zum kommunistischen Konkurrenzverband auseinander ist und deren Stellen neu besetzt werden müssen. Die Kommission schloß sich den gemachten Einwandvorschlägen an, bezog sich aber auf die Diskussion des abgeschlossenen Lohnabkommens gut und erklärte sich mit dem eingereichten Lohnverbandsantrag von 25 Prozent einverstanden.

Arbeitszeitregelung für Wurstfabriken.

Dem Zentralverband der Fleischer wird uns berichtet: Die Wurstfabrikanten in Rügenwalde wollten die Arbeitszeit auf 53 Stunden verlängern und den Lohn um 5 Pf. pro Stunde kürzen. Die Verhandlungen führten zu einem Nachtrag zum Tarifvertrag, dessen § 1 folgende Fassung erhielt: „Die Arbeitszeit beträgt grundsätzlich 8 Stunden täglich bzw. 48 Stunden wöchentlich. Wird an einem Tage weniger als 8 bzw. in einer Woche weniger als 48 Stunden gearbeitet, so kann diese ausfallende Zeit an anderen Tagen derselben Woche oder in der darauffolgenden Woche als Ausgleich derart nachgeholt werden, daß die Arbeitszeit täglich nicht 9 und wöchentlich nicht 53 Stunden

überschreitet. Ein besonderer Zusatztag erfolgt für diese Ausgleichsarbeit nicht. Sonnabends und an Tagen vor gesetzlichen Feiertagen wird nicht länger als 8 Stunden gearbeitet.“

Anfang und Ende der Arbeitszeit, auch im Ausgleichsfall, sowie der Pausen werden im Einvernehmen mit der gesetzlich anerkannten Betriebsleitung (Betriebsrat oder Betriebsobmann) festgelegt.“

In § 2 wird der Ueberstundenzuschlag von 30 auf 20 Prozent ermäßigt.

Der § 3 wird aufgehoben. Die Löhne werden jeweils durch besonderes Lohnabkommen zwischen den Tarifkontrahenten festgelegt, und zwar mit einer Kündigungsfrist von 2 Wochen. In der Kündigungsfrist wird über ein neues Lohnabkommen verhandelt. Die jetzigen Löhne bleiben bis auf weiteres bestehen.

Metallarbeiter!

Zur Geschichte der deutschen Metallarbeiterbewegung werden folgende Materialien gesucht: 1. Vereinsblatt des Maschinenbauarbeitervereins Berlin 1848—1890; 2. „Der Boie“, Organ des Verbandes der Klempner und verw. Berufsgenossen, erschienen 1874—1876, herausgegeben von Wilhelm Rehger in Hamburg; 3. Protokoll des Verbandstages der Klempner in Hannover 1876; 4. „Der Schloffer und Maschinenbauer“, Organ des Verbandes der Schloffer und Maschinenbauer, 1890—1892, herausgegeben von Franz Dieckhoff in Hamburg; 5. „Der Gewerkschaftler“, Organ des Gewerkschafts der Gold- und Silberarbeiter, 1869, 1870, 1875—1878, erschienen zu Pforzheim und Amünder; 6. „Der Goldarbeiter“, Organ des Verbandes deutscher Gold- und Silberarbeiter, 1893—1899. — Die Protokolle des Verbandstages dieser Organisation; 7. Protokoll des Formerkongresses zu Hamburg 1872 und Statut des Deutschen Formerbundes 1872—1874. Auch einzelne Nummern der genannten Blätter sind willkommen. Der betreffende Materialien besitzt oder sie nachweisen kann, wird ersucht, sich in Verbindung zu setzen mit Joh. Scherem in Stuttgart, Rote Str. 16b. — Auslagen werden vergütet. (Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck ersucht.)

Aus England.

In Stelle der in das Kabinett eingetretenen Führerin des Kongresses der Gewerkschaften Genossin Margaret Bonfield ist der Arbeiterabgeordnete Genosse Purcell in den Gewerkschaftsbund gewählt worden.

Die Werftarbeiter in Southampton fordern eine wöchentliche Teuerungszulage von 17½ Schilling und sind zur Durchführung dieser Forderung teilweise in den Streik eingetreten. Durch den Streik sind die großen Schiffahrtslinien, insbesondere die Cunard-Linie, betroffen. — In der Textilindustrie droht die Aussperrung von 150 000 Spinnerarbeitern. Verhandlungen sind im Gange. Die Streitfragen sollen einer Kommission aus vier Vertretern beider Parteien zur Urteilsfindung unterbreitet werden.

Die Bediensteten der Londoner Straßenbahn fordern seit Mitte Dezember eine Lohnerhöhung von wöchentlich 8 Schilling. Sie haben jetzt bis nächsten Mittwoch eine bestimmte Erklärung von der Gesellschaft gefordert. Im Falle eines Streiks würden außer den 17 000 Angestellten die Autobus-Chauffeure und -Schaffner in einen Sympathiestreik eintreten. — Die bürgerliche Presse berichtet von einem Streikabwehrplan der Regierung, die bei allen Lohnkämpfen die Öffentlichkeit genau unterrichten werde, damit die Allgemeininteressen nicht gefährdet werden. Von einem arbeitfeindlichen Plan kann mithin nicht die Rede sein.

Der Arbeitskampf in Ludwigschafen a. Rh., in der Badischen Anilin- und Sodafabrik, scheint nach den Kommunisten für ihre Sondergewerkschaft mißglückt zu werden. Das Haupttor zum Fabrikshof wurde eingeschlagen und mit der Ballzeit ein Gefecht aufgenommen, in dem auf beiden Seiten Verwundete zu verzeichnen waren. Wenn so der „heiße Kampf“ geführt werden soll, den die Arbeiterchaft im ganzen Reich nach dem Appell der Kommunisten in Ludwigschafen aufnehmen soll, dann muß es schon denen überlassen werden, die die „heiße“ Taktik des Kampfes diktieren, ihre besonderen Kampfmethoden selber auszusprobieren.

Nach den bis heute normtäg 10½ Uhr verliegenden Meldungen sind bei dem Zusammenstoß auf beiden Seiten etwa 15 Personen verwundet worden. Mehrere Personen sollen getötet worden sein.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Gruppe Stadtgärtner. Morgen, Freitag abend 7 Uhr: Branchensammlung im Saal V des Gewerkschaftshauses. „Neuzeitliche Aufgaben an städtischer Gartenbauverwaltung.“

Aus der Partei.

Jules Uhr gestorben.

Paris, meldet aus Paris: Der sozialistische Abgeordnete Uhr ist am Mittwoch in Neuville bei Paris einem Schlaganfall erlegen.

Eine ebenso überraschende wie schmerzliche Nachricht; Genosse Uhr, ein bekannter Pariser Rechtsanwalt, der als Vertreter des im Kriege stark in die Lebenshaft genommenen Departements diese gewählt und Bürgermeister der Stadt Creil war, war nach verhältnismäßig jung und einer der rührigsten Abgeordneten der sozialistischen Kammerfraktion. Die deutsche Arbeiterbewegung wird seiner in Ehren gedenken, der im vergangenen Frühjahr auf telegraphisches Ersuchen des Deutschen Eisenbahnverbandes sich sofort dazu bereit erklärte, die Verteidigung von verhafteten Führern des DEB in Mainz vor dem französischen Kriegsgericht zu übernehmen. Er fuhr damals zusammen mit seinem Parteigenossen und Berufsgenossen André Le Troquer nach Mainz, wurde aber von den französischen Militärbehörden brutal und unbillig abgewiesen. — Später wohnte Uhr noch als französischer Delegierter dem Internationalen Kongress in Hamburg bei.

Wirtschaft

Löcherung der Getreideausfuhr.

Die politischen Führer der deutschen Landwirtschaft, insbesondere die Organisationen des Reichs-Landvolkes, holen jetzt zum entscheidenden Schloß aus, um künstlich eine Steigerung der Getreidepreise herbeizuführen, nachdem — wie vorausgesehen war — die Befreiung der Zwangswirtschaft die ihnen so erwünschte Verteuerung des Brotes nicht gebracht hat. Doch es ist kaum, ist keineswegs Schuld der vielgepriesenen „freien Wirtschaft“, sondern vielmehr eine Folge der Stabilisierung der Währung. Die große Masse des deutschen Volkes ist nach der schroffen Lohnreduktion und dem unzureichenden Preisabbau nicht in der Lage, diejenigen Lebensmittelmengen zu kaufen, die es braucht. Es kann den Landwirten die von ihnen verlangten hohen Preise eben nicht bewilligen. Die Agrarier fragen danach nicht, sondern verjucheln mit Staatshilfe und ohne Rücksicht auf die Volksgesundheit die weitere Verteuerung des Getreides zu bewirken. Daher der Ruf nach Schutzzöllen, die das Eindringen billiger Auslandslebensmittel verhindern sollen, und nach Ausfuhrfreiheit für Getreide, die eine solche Anpassung der Preise an den Weltmarktstand ermöglichen.

Die bürgerliche Reichsregierung lehnt nun die Schutzzölle zwar nicht grundsätzlich ab, behandelt aber die Angelegenheit mit einiger Zurückhaltung. In der Frage der Ausfuhrfreiheit ist sie jedoch den Landwirten bereits entgegengekommen. Die Preisberichte des deutschen Landwirtschaftsrates würdigt in ihrem letzten Wochenbericht ausführlich die Hafereportage der letzten Zeit und schreibt hierzu:

„Im Hafereportage spielte diesmal der Export eine nicht unerhebliche Rolle. Schon seit längerer Zeit hat es man sich in der Hoffnung, daß Hafer für die Ausfuhr freigegeben würde, um größere Hafereportagen zur Verladung an der Küste zu bewilligen, indem man dort sowohl für die Ausfuhr wie zum Versand nach Westdeutschland die Ware disponieren konnte. Es sind nun den Interessenten, soweit sie den Antrag auf Export bestimmter Partien bei der Regierung stellen und den Nachweis für den Export und den bereits geschlossenen Verkauf derselben bringen, Genehmigungen für die Ausfuhr erteilt worden, wobei sich in der Hauptsache die Exportgüter in bisher noch mäßigem Umfang nach Dänemark, Schweden und Holland entwickelten, zuerst auch nach der Schweiz. Die Ausfuhr für weiteren Versand dahin sind, seitdem die Preisnotierungen sich hier auf 115 bis 125 M. gesteigert haben und dadurch nur noch ein geringfügiger Nutzen bei der Ausfuhr nach genannten Ländern herauskommt, nicht gerade besonders günstig. Größere Hoffnungen glaubte man für Versand nach England zu haben, wo die Reparatursabgabe auf eingeführte deutsche Waren von 26 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt war. Es würde hierdurch auch der Exporten lohnen sein, doch läßt sich meist diese Ausfuhr nach Großbritannien nur in großen Ladungen von etwa 1000 Tonnen ermöglichen, und es hält einleuchtend schwer, die betreffenden geschlossenen Partien und vielleicht auch den passenden Schiffsraum zu finden. Nebenfalls sollen bisher nur erst wenige Hafereportagen nach England stattgefunden haben. Durch die großen Sendungen von Inlandmaterial nach der Küste wurde dem Inland ein Teil der gewöhnlichen Offerten entzogen, so daß sich auch der Inlandkonsum allmählich zu etwas kräftigerem Zugreifen bequemt. Daraufhin ist zu den erhöhten Preisen das Angebot allmählich reichlicher geworden.“

Besser können die Folgen einer Ausfuhrfreiheit für Getreide nicht gefährdet werden. Erscheint die Löcherung der Ausfuhr von Hafer an sich weniger belangreich für die Volksernährung, so dürfen doch die Gefahren, die in einer derartigen Getreidepreispolitik liegen, nicht unterschätzt werden. Wird Hafer im Verhältnis zu anderen Getreidearten auf die Dauer gemindert, weil man seinen Preis immer wieder mit der Erleichterung der Ausfuhr in die Höhe geben läßt, so wird schließlich die Landwirtschaft den Anbau von Hafer auf Kosten anderer Kulturprodukte vermindern, bis infolge der so verringerten Produktion das Brotgetreide teurer wird. Derartige Erfahrungen hat man beim Abbau der Kriegswirtschaft wiederholt machen können.

Unter diesen Umständen wird man die teilweise Ausfuhrbewilligung für Hafer als ein zeitweiliges Zugeständnis der Reichsregierung an die Preisforderungen der Agrarier ansehen müssen. Man kann sich dann auch eine Vorstellung davon machen, wieviel weniger man nach den Rufen der Verbraucher fragen würde, wenn es dem Agrarkapital gelänge, auf die Reichspolitik nach größeren Einfluß zu gewinnen.

Zur Maßregelung einer Berliner Großbank, von der wir gestern bereits berichtet haben, wird jetzt bekannt, daß es sich um die Kommerz- und Privatbank handelt. Diese Bank glaubt sich dadurch aus der Affäre ziehen zu können, daß sie der Öffentlichkeit versichert, es lägen nur Verfehlungen eines Beamten vor. Dem muß einmal mit allem Nachdruck entgegengehalten werden, daß die Banken, und selbstverständlich in erster Linie die Großbanken, für Verfehlungen ihrer Angestellten gegenüber gesetzlich, im Interesse der Gesamtwirtschaft erlassenen Vorschriften mindestens ebenso haftbar gemacht werden müssen, wie sie für Schäden, die durch Mißgriffe ihrer Angestellten entstanden sind, auch gegenüber Privatpersonen aufzukommen haben.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Ernst Osterwald; Gewerkschaftsbewegung: A. Chasen; Reichsboten: A. A. Köhler; Göttingen und Sachsisch: Erik Rath; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermann-Perle G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Perle-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3.

Möbel
Herrn-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen, Kleiderkabinen, Einzelmöbel, Teppiche, günstig Teilzahl.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141

Strickwesten
Bleies Kinderkleidung
Ständig großes Fabriklager in Strick- und Wirkwaren aller Art zum Einzelverkauf.
Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage in der Mühlentorstr. 1 Ecke Breite Straße

Teilzahlung Anzüge Paletots
In großer Auswahl moderne Ausführung sehr preiswert
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 100
Einpaar Möbelgeschäft

Ständiges Lager
150 Standuhren
in allen Holz- und Stillarten
Schnell Garantie
Büro- u. Ladenuhren
Küchen- u. Autouhren
Stopp- u. Lange-Uhren
14 Karat Gold-Armband-Uhren sowie Herren-Uhren
Gold-Trauringe
Juwelen, Silberkästen, nach Gewicht
Alpaka-Beatecke
Karl Wutke
Hilmar-erme-ster
Invalidenstr. 16
Ecke Gartenstraße
(Stett. Bkt.)
Gebr. 1906
v. 120 Goldmark an

Haushaltseifen-Fabrik
Sodafreie harte Ware!
Johanna Dietz, Klosterstraße 44.

Veronika Frauen
in „Frauenwelt“
Eine halbmonatsschrift mit farbigem Umschlag, vielen Bildern im Text.
Unterhaltung u. Kurzweil
und fesseln Klauen
dem Frauen zum Ansehen!
Für 30 Pfennig das Heft besorgt es
jede Ausgabestelle und jede Botenfrau des „Vorwärts“

Möbel Müller!
Berlin C., Alexanderstr. 31 14. Sept. 1923
Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Büaumöbel ab Fabrik zu billigsten Preisen

Herrn-Anzüge
Paletots, Ulster, Damen- und Herrenstoffe gibt es raschen Kngnis-Preis
auch an Private ab
Durra & Sachs
Berlin C., Klosterstr. 29-31
Mettenk-Druckerei u. Tuchhandl.

Hermann Wiese, Juweller, Berlin N., Artilleriestr. 30
A Minuten vom Bahnh. Friedrichstr. B., Untergrundb. Oranienb. Tor
Berlin W., Passauer Str. 12, Untergrundb. Wittenbergplatz
Garantieschein für gesetzliches Goldhalt!
Tel.: 1011 Trauringe, Berlin - Versand nach auswärts
Fabrikvergnügung • Pfeilste gratis

Teilzahlung Anzüge Paletots
In großer Auswahl, moderne Ausführung, sehr preiswert
Cohn,
Gr. Frankfurter Str. 58
A. M. v. A. und 1917

Teppiche
persisch, direkt Fabrik
Bernhard Strohmayer,
72 Wallstr. 72, Spillmarkt,
C. Engel u. Nikolsherg, Pl. 2
W. Streptow, W. u. u. u.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet Trauringe
1 Ring Du stemp. von 4,00 Goldmk. an
1 Ring 500 estemp. von 6,00 Goldmk. an
1 Ring 333 gestemp. von 2,90 Goldmk. an
Einfache Ringe 1,50 Goldmark
get. gesch.
Hermann Wiese, Juweller, Berlin N., Artilleriestr. 30